

A n t r a g

der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abschiebungen in den Kosovo aussetzen

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- I. alle Abschiebungen in den Kosovo, Montenegro, Albanien und Serbien bis mindestens Ende April 2012 im Rahmen eines sogenannten Wintererlasses auszusetzen,
- II. eine unabhängige Kommission einzusetzen, die die Lebensbedingungen von aus Deutschland abgeschobenen Menschen im Kosovo untersucht, und den Landtag über die Untersuchungsergebnisse innerhalb von drei Monaten zu unterrichten,
- III. sich auf Bundesebene für ein generelles Verbot von Abschiebungen in den Kosovo sowie für ein Verbot von Abschiebungen von aus dem Kosovo stammenden Menschen in die Republik Serbien einzusetzen.

Begründung:

Insbesondere die soziale Stellung der Roma im Kosovo führt regelmäßig dazu, dass die aus dem mit der Republik Kosovo geschlossenen Rückführungsabkommen erwachsenen Abschiebungen erheblicher Kritik aus Parteien, Flüchtlingsorganisationen, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden ausgesetzt sind. Das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg kam zu dem Ergebnis, dass insbesondere für Roma "die Lage dort ... unsicher" ist. Baden-Württemberg setzte daraufhin Abschiebungen von Roma in den Kosovo und nach Serbien aus. Auch haben in der Vergangenheit Bundesländer im Rahmen sogenannter Wintererlasse Abschiebungen in den Kosovo, nach Serbien zumindest in den Herbst- und Wintermonaten ausgesetzt.

Am 14. April 2010 unterzeichnete der Bundesinnenminister ein Abkommen mit dem Kosovo, das die wechselseitige Rückübernahme ausreisepflichtiger Personen aus dem Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei regeln soll. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sollen pro Jahr höchstens 2 500 Anträge zur Rückführung gestellt werden (Bundestagsdrucksache 16/14084).

Das Abkommen wurde bereits im Jahr 2010 heftig kritisiert. So wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die dem bilateralen Abkommen zu Grunde liegende Reintegrationsstrategie weder geeignet noch ausreichend durch den Kosovo umgesetzt ist, um den grundlegenden und dauerhaften Problemen insbesondere für Roma, Ashkali und Ägypter im Kosovo zu begegnen.

Auch ein Jahr später ist festzustellen, dass trotz Fortschritten in manchen Bereichen die kosovarischen Institutionen nicht für adäquate Bedingungen zur Integration von Roma, Ashkali und Ägyptern sorgen. Der Bericht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) "Implementation of the Action Plan on the Strategy for the Integration of the Roma, Ashkali and Egyptian Communities in Kosovo" (siehe <http://www.osce.org/kosovo/77413>) stellt die bestehenden Benachteiligungen für die drei ethnischen Gruppen dar. Der Leiter der OSZE-Mission im Kosovo, Werner Almhöfer, kommt zu dem Ergebnis "Roma, Ashkali und Ägypter zählen zu den am stärksten benachteiligten Gruppen in Kosovo." Sie haben weiterhin Schwierigkeiten beim Zugang zur öffentlichen Registrierung, Beschäftigung und Bildung sowie der Teilnahme am öffentlichen Leben. Ursachen für die erhebliche Benachteiligung sind laut dem Bericht ungenügende Ressourcen, fehlendes Engagement seitens der zuständigen kosovarischen Institutionen. Der OSZE-Bericht fordert eine rasche Lösung für die Angehörigen der Roma, Ashkali und der ägyptischen Minderheit ein.

Entsprechend der UNICEF-Studie "Abgeschoben und vergessen" (Quelle: http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/110826-roma-studie/Roma-Studie-2011-Deutsch.pdf) bleiben insbesondere Roma-Kindern, die aus Deutschland und anderen europäischen Ländern in den Kosovo abgeschoben wurden, im Kosovo weiterhin elementare Rechte vorenthalten. Drei von vier der betroffenen schulpflichtigen Kinder gehen nicht zur Schule. Sie leben jetzt mit ihren Familien in extremer Armut am Rande der Gesellschaft. Die meisten von ihnen sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Trotz verstärkter Bemühungen der kosovarischen Regierung, die abgeschobenen Familien zu unterstützen, ergab die Überprüfung der aktuellen Situation nur geringe Verbesserungen gegenüber 2010. Insgesamt haben sich die Lebensumstände nach Einschätzung von UNICEF jedoch nicht verbessert, für viele Familien sogar weiter verschlechtert. Tom Koenigs, Vorstandsmitglied von UNICEF Deutschland, beschreibt die Untersuchungsergebnisse wie folgt: "Die Untersuchung dokumentiert, dass die Rückführung in den Kosovo für die meisten Kinder immer noch einer Abschiebung ins Elend gleichkommt. Regierungen und Behörden in Deutschland wie im Kosovo müssen endlich konsequent das Wohl der betroffenen Kinder in den Mittelpunkt stellen."

Vor diesem Hintergrund ist es nicht zu rechtfertigen, an Abschiebungen in den Kosovo sowie von aus dem Kosovo stammenden Menschen in die Republik Serbien weiterhin festzuhalten. Ein sofortiger Abschiebestopp ist die unausweichliche Konsequenz aus der tatsächlichen und dokumentierten Diskriminierung der Roma, Ashkali und Ägypter im Kosovo.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blebschmidt

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Rothe-Beinlich